



Brüssel, den 8. Mai 2019
(OR. en)

8808/19

AUDIO 71
DIGIT 88

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	8769/19
Betr.:	Von der Bekämpfung von Desinformation hin zur Wiederherstellung des Vertrauens der EU-Bürgerinnen und -Bürger in die Medien – <i>Orientierungsaussprache</i> (<i>Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates</i>) <i>[Antrag des Vorsitzes]</i>

Nach Anhörung der Gruppe "Audiovisuelle Medien" hat der Vorsitz das beiliegende Diskussionspapier ausgearbeitet, das als Grundlage für die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 22./23. Mai 2019 dienen soll.

Von der Bekämpfung von Desinformation hin zur Wiederherstellung des Vertrauens der EU-Bürgerinnen und -Bürger in die Medien

Diskussionspapier des Vorsitzes

Die Bekämpfung von Desinformation ist eine wichtige Priorität für den rumänischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union. Es handelt sich hierbei um ein Thema, das in mehreren Ratsformationen (Allgemeine Angelegenheiten, Auswärtige Angelegenheiten, Justiz und Inneres) behandelt worden ist mit dem Ziel, dringende und koordinierte Maßnahmen zur Bewältigung der neuen Herausforderungen zu ermitteln, insbesondere im Zusammenhang mit der Europawahl, die die Notwendigkeit gezeigt hat, die Integrität der demokratischen Prozesse und Werte der EU zu sichern.

Der Rat "Bildung, Jugend, Kultur und Sport" spielt hierbei eine Schlüsselrolle, und zwar nicht nur bei der Suche nach Lösungen zur Bekämpfung von Desinformation aus einer audiovisuellen Perspektive, sondern auch durch die Gewährleistung hochwertiger audiovisueller Mediendienste sowie des Zugangs zu pluralistischen und verlässlichen Informationen für die EU-Bürgerinnen und -Bürger, damit ihr Vertrauen in die Medien wiederhergestellt wird. Diese Ratsformation kann daher einen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung des Berichts über die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der Desinformation leisten, den der Ratsvorsitz in Zusammenarbeit mit der Kommission und der Hohen Vertreterin für die Tagung des Europäischen Rates im Juni erstellen soll.

Auf ihrer Tagung vom 27. November 2018 während des österreichischen Ratsvorsitzes hatten die Ministerinnen und Minister für audiovisuelle Medien eine erste Gelegenheit, eine Debatte über die Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet zu führen. Seither sind auf EU-Ebene wichtige Schritte unternommen worden.

Als Reaktion auf die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018 ergangene Aufforderung an die Kommission und die Hohe Vertreterin, konkrete Vorschläge für ein koordiniertes Vorgehen der EU-Organe und der Mitgliedstaaten vorzulegen, wurde im Dezember 2018 eine gemeinsame Mitteilung über einen *Aktionsplan gegen Desinformation* veröffentlicht; darin wurden die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation festgelegt, die auf vier Säulen beruhen: Verbesserung der Erkennung und Untersuchung, mehr koordinierte und gemeinsame Maßnahmen, Mobilisierung des Privatsektors, insbesondere von Online-Plattformen und der Industrie sowie Sensibilisierung der Gesellschaft und Ausbau ihrer Widerstandsfähigkeit.

Da die Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) genau auf den ersten Tag der Europawahl fällt, ist es gerade jetzt wichtig, eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse zu ziehen und gleichzeitig Optionen für das künftige Vorgehen zu ermitteln.

- Die Mobilisierung der Industrie ist ausschlaggebend für schnelle und effiziente Lösungen zur Bekämpfung von Desinformation. Die ersten Berichte, die von den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zur Desinformation (Google, Facebook, Twitter) vorgelegt wurden, zeigen, dass Fortschritte erzielt worden sind. Der Kommission zufolge sind die Demonetisierung von Desinformationslieferanten, die Bekämpfung böswilliger Bots, die Kennzeichnung politischer Werbung und die Durchführung von Initiativen zur Förderung der Medienkompetenz wichtige Schritte dieser Unternehmen, aber weitere Anstrengungen sind an mehreren Fronten erforderlich, wie zum Beispiel die gemeinsame Nutzung von Methoden und Datensätzen für Scheinkonten, was es externen Experten und Faktenprüfern ermöglichen würde, unabhängige Bewertungen durchzuführen.

In seinen Schlussfolgerungen vom 21. und 22. März 2019 forderte der Europäische Rat auch Online-Plattformen und soziale Netzwerke nachdrücklich auf, den Verhaltenskodex vollständig umzusetzen und höhere Standards für Verantwortung und Transparenz zu gewährleisten.

Als nächsten Schritt wird die Kommission mit Unterstützung der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) nach Ablauf der ersten zwölf Monate des Kodex Ende 2019 eine umfassende Bewertung vornehmen. Das kann dazu führen, dass weitere Maßnahmen vorgeschlagen werden, von denen einige auch regulatorischer Art sein könnten.

- Wissenschaftler und unabhängige Faktenprüfer spielen nicht nur hinsichtlich der Sensibilisierung eine wichtige Rolle, sondern tragen auch dazu bei, die Mechanismen, auf denen Desinformation aufbaut, besser zu verstehen. Das europäische Netzwerk von Faktenprüfern, das sowohl in der Mitteilung der Kommission zur Bekämpfung von Desinformation im Internet als auch in dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Desinformation vorgesehen ist, wird derzeit eingerichtet.

In einem ersten Schritt wurde die Soziale Beobachtungsstelle für Desinformation und Analyse der sozialen Medien (Social Observatory for Disinformation and Social Media Analysis – SOMA) in Zusammenarbeit mit anderen Forschungs- und Entwicklungsprojekten (Eunomia, SocialTruth, Provenance und WeVerify) ins Leben gerufen. Die Beobachtungsstelle unterstützt Faktenprüfer bei ihrer Arbeit gegen Desinformation, indem sie ihnen eine nützliche Infrastruktur bietet und sie miteinander verbindet, um eine Zusammenarbeit bei bestimmten Aufgaben zu ermöglichen. SOMA wird auch das Pilotkonzept für nationale Forschungszentren zu Desinformation entwickeln, das multidisziplinäre Anstrengungen auf nationaler Ebene miteinander verknüpfen sollte – insbesondere bei der Faktenprüfung und der wissenschaftlichen Forschung über das Phänomen der Desinformation.

Der zweite Schritt besteht darin, eine sichere europäische Online-Plattform zum Thema Desinformation einzurichten. Eine solche Plattform wird die nationalen multidisziplinären Teams miteinander verknüpfen und grenzüberschreitende Datenerhebung, Analyseinstrumente und Zugang zu EU-weiten Daten bieten. Für diese Online-Plattform ist im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe" eine Anschubfinanzierung in Höhe von 2,5 Mio. EUR vorgesehen, für die bis September 2019 eine Ausschreibung veröffentlicht werden soll. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Einrichtung solcher nationaler multidisziplinärer Teams zu unterstützen, die ihr Fachwissen über die lokalen Informationsumgebungen zur Verfügung stellen werden. Daher ist es wichtig, das Engagement der Mitgliedstaaten zu prüfen sowie ihre Bereitschaft, zu diesem Projekt beizutragen, das eine unabhängige europäische Gemeinschaft schaffen wird, die in der Lage ist, das Phänomen der Desinformation im Internet zu bekämpfen.

- Eine weitere wichtige Maßnahme auf EU-Ebene ist die Verbesserung der Medienkompetenz, die wesentlich ist, um die Position der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, damit diese im digitalen Zeitalter fundierte Entscheidungen treffen können und so zum reibungslosen Funktionieren der demokratischen Gesellschaft beitragen. Die überarbeitete Richtlinie über *audiovisuelle Mediendienste* ist in dieser Hinsicht ein wichtiger Meilenstein. Darin werden die Mitgliedstaaten erstmals dazu verpflichtet, die Entwicklung von Medienkompetenz zu fördern und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Angesichts der zentralen Rolle, die Videoplattformen bei der Bereitstellung des Zugangs zu audiovisuellen Inhalten spielen, werden sie in der neuen Richtlinie außerdem dazu verpflichtet, wirksame Maßnahmen und Instrumente für Medienkompetenz vorzusehen sowie die Nutzer dafür zu sensibilisieren. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 19. September 2020 Zeit mitzuteilen, welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Der Kontaktausschuss spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Richtlinie und wird zu den Leitlinien für den Umfang der Medienkompetenzberichte der Mitgliedstaaten an die Kommission konsultiert werden. Die Sachverständigengruppe "Medienkompetenz" spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, bewährte Verfahren im Bereich der Medienkompetenz zu ermitteln, zu dokumentieren und auszuweiten, Synergien zwischen den verschiedenen EU-Strategien und Initiativen im Bereich der Medienkompetenz zu erforschen und zur Bewältigung der Herausforderungen durch Desinformation im Internet Beratung bereitzustellen und Initiativen zu koordinieren.

Es ist wichtig zu prüfen, wie die Kommission den Umsetzungsprozess und die Fortführung europäischer Initiativen weiter unterstützen kann, wie zum Beispiel die Europäische Woche der Medienkompetenz, die zum ersten Mal im März dieses Jahres stattfand und ein unumstrittener Erfolg war.

- Qualitätsjournalismus, Medienfreiheit und Medienpluralismus sind nach wie vor die Eckpfeiler der heutigen audiovisuellen Landschaft in Europa. Für die Vorschläge der Kommission für die Programme "Kreatives Europa" und "Horizont Europa" wurden eigene Haushaltsmittel in dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 veranschlagt. Diese Programme sollen darauf hinwirken, neue Instrumente zu entwickeln, um die Desinformation im Internet zu bekämpfen und dazu beizutragen, ein besseres Verständnis der Rolle journalistischer Standards und nutzergenerierter Inhalte zu erlangen sowie Qualitätsjournalismus, Medienfreiheit, Medienpluralismus und Medienkompetenz zu unterstützen. Gleichzeitig unterstützen die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auch unabhängige Projekte im Bereich der Medienfreiheit und des Medienpluralismus.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister gebeten, die folgenden Fragen zu prüfen:

1. Wie bewerten die Ministerinnen und Minister am ersten Tag der Europawahl die bisher auf EU-Ebene durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und zur Gewährleistung hochwertiger und pluralistischer Medien im Interesse der EU-Bürgerinnen und -Bürger?
2. Wie sollte der koordinierte Ansatz der Mitgliedstaaten und der EU-Organe verstärkt werden, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen? Sollte die audiovisuelle Politik und Medienpolitik der Europäischen Union gestärkt werden, und falls ja, welchen Schwerpunkt sollte sie haben, um das Vertrauen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in die Medien wiederherzustellen?

Damit alle Gelegenheit haben, sich innerhalb der verfügbaren Zeit zu äußern, ersucht der Vorsitz die Teilnehmenden, ihre Wortmeldungen auf höchstens drei Minuten zu begrenzen.